

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Büch (Schweiz).
Verlag
der
Wollschuchhandlung
Döttingen-Zürich.
Postsendungen
franko gegen franko
Geldliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und besten bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Stichtagspreis von:
Fr. 2 — für die Schweiz (Reichsbank)
Fr. 3 — für Deutschland (Convent)
Fr. 1,70 für Oesterreich (Convent)
Fr. 2 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reichsbank).
Inserate
die dreizehnhellige Preisliste
25 Bst. — 20 Pf.

N^o 13. Donnerstag, 26. März 1885.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besagt der Verlag, dass die Postämter
Wahrheit ist alle Dinge geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erhalten, wo Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die letztere Vorkehrung im Postrecht notwendig und
darf keine Verschickungsfrist verläumt werden, die Briefmarken über den wahren Namen und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu schützen. Handtfordern ist hierzu einseitig, dass unsere Freunde so leisten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedächtige
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, dass
auch uns möglichst unerschütterliche Postbekanntmachungen mitgeteilt werden. In zweifelshaften Fällen empfiehlt sich beidseitige
Sicherheitsbekanntmachung. Sobald an uns liegt, werden wir gewiss weder Nähe noch Kosten scheuen um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Bergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die Unbesiegbare Sozialdemokratie.

Die Herr Schäffle die kapitalistische Produktionsweise „reinigt“.

Auf Seite 12 seiner Schrift über die „Ausbeutung der Arbeiter“ sagt Herr Schäffle:
„Ich leugne nicht, daß bei schrankenloser Freiheit kapitalistischer
Erwerbs die Ausbeutung wirklich vorkommen und Ausbeutung
der Lohnarbeiter bis zur Stellung auf die Hungerration stattfinden
kann. Damit (!) ist noch lange nicht bewiesen, daß bei kapitali-
stischer Produktion der Arbeiterausgang nicht gewahrt werden
kann.“

Damit, Herr Schäffle, d. h. mit dem Satz, daß viel Aus-
beutung vorkommt, hat auch noch kein Sozialist behauptet, den
Beweis für die Thatsache geliefert zu haben, daß die kapitali-
stische Produktionsweise naturnothwendig mit der Ausbeutung
des Arbeiters verbunden ist. Dieser Beweis ergibt sich vielmehr
aus der Analyse eben dieser kapitalistischen Produktion selbst. Sie
zeigt, daß es die Tendenz derselben ist, den Lohn des Arbeiters
auf das gesellschaftliche Minimum herabzubringen, und daß sie
dieses Resultat erreicht durch fortgesetztes Verstummen des Ar-
beiters in einen Teilmenschen, in ein bloßes Anhängel der
Maschine, durch immer weitere Ersetzung menschlicher Arbeit durch
Maschinenarbeit, sobald die letztere sich dauernd über dieses
Minimum zu erheben droht, durch Schaffung einer beständigen
Reservearmee unbefähigter Arbeiter. Herr Schäffle unterläßt
es leider, anzugeben, wo für ihn die Ausbeutung des Arbeiters
ansängt, bzw. aufhört; wenn er sie nur da erblickt, wo der
Lohn des Arbeiters auf die Hungerration gedrückt ist, so ist es
eigentlich müßig, mit ihm zu streiten, denn die Ausbeutung des
Arbeiters besteht nicht sowohl im Hungerration, als auch in seiner
ganzen gesellschaftlichen Stellung, in seiner
Klassenlage dem Kapitalisten gegenüber.

Ein anderes allgemeines Kriterium ist überhaupt nicht möglich,
im Einzelnen kommt es darauf an, ob man die Frage von dem
Standpunkt des Arbeiters oder des Bourgeois beurteilt.

Die schäffleschen, schleichlichen, schwabischen u. Textil-Industriellen
u. d. m. würden sich sehr dagegen verwahren, wenn Herr Schäffle
ihnen von Arbeiterausbeutung sprechen würde, und doch ist es
bekannt, welche Hungerlöhne sie ihren Arbeitern zahlen. Sie
würden erklären, ihre Fabriken schließen zu müssen, wenn man
sie zwingen wollte, höhere Löhne zu zahlen. Sie würden sich
dabei auf Herrn Schäffle berufen, der auf S. 62 seiner Schrift
erklärt:

„Jeder rechtliche Tarifmüßigkeit vertreibt oder attrahiert in schäd-
licher Weise Kapital und Arbeit, bringt also unbeherrschbare
Unsicherheit.“

Und auf S. 63:
„Die kapitalistische Produktion verlangt unbedingt eine aus-
schließend von der Produktionsleitung bestimmte
Vergetlung der Arbeitsleistungen nach Verhältnis des Produktions-
wertes der letzteren.“

Damit spricht Herr Schäffle selbst mit dären Worten aus,
daß wer im Lohnsystem nicht das Uebel sucht, beim Herum-
dokorn an den Lohnsätzen sich naturnothwendig im Kreise
drehen wird.

Und nun wenden wir uns zu seinen Vorschlägen, mit Hilfe
deren er die kapitalistische Produktion von ihren Auswüchsen
„reinigen“ will.

Von der obligatorischen Gewinnbeteiligung will Herr Schäffle
nichts wissen, ebensowenig von der staatlich subventionierten Pro-
duktivgenossenschaft. Freiwillige Versuche auf beiden Gebieten —
Theilhaberschaft und Produktivgenossenschaft — erklärt er für
wünschenswerth, verspricht sich aber nicht zu viel von ihnen. Da
wir im Schlussergebnis hier mit ihm übereinstimmen, gehen wir
auf seine Begründung nicht näher ein. Aus demselben Grunde
übergehen wir auch seine Besprechung des Robberts'schen Vor-
schlages.

Herr Schäffle's Heilmittel heißt Arbeiterversicherung,
und zwar in doppelter Beziehung: Versicherung der Arbeiter
gegen Arbeitsunfähigkeit und Versicherung der Gesellschaft gegen
die Arbeiter. Die Arbeiter sollen durch weitest Ausdehnung der
Gegenseitigkeitsversicherung zwar gegen alle möglichen Eventuali-
täten versichert, durch diese Versicherung selbst aber geschützt und
zu guten Bürgern gemacht werden.

Ein genialer Gedanke, wenn er nur durchführbar wäre! Wenn
man aber bedenkt, auf welche Schwierigkeiten die Kranken- und
Unfallversicherung in Deutschland gestoßen ist — zwei Versiche-
rungsgebiete, welche der Unternehmungsklassen nur scheinbar höhere

Lasten auferlegten, als sie bisher zu leisten hatte, sie zum Theil
entlasteten —, dann wird man begreifen, wie gering die Chancen
einer Ausdehnung der Versicherung gegen Invalidität und
Arbeitslosigkeit sind, wie sehr sich die Herren Unternehmer
gegen die Zahlung der im Verhältnis zu anderen Versicherungen
recht hohen Prämien stemmen werden. Und sie den Arbeitern
aufzuhalten, geht erst recht nicht. Hr. Schäffle verweist zwar in
Punkt 10 seiner Versicherung auf die in England von einigen Ge-
werkschaften erzielten praktischen Resultate. Er vergißt nun
aber hinzuzusetzen, daß die betreffenden Gewerkschaften nur eine
winzige, besonders günstig stürzte Mitgliederzahl der englischen Arbeiters-
chaft ausmachen, und wie nahe ihre Klassen just in den Jahren
(1876—80), wo sie die von Herrn Schäffle bewunderten Lei-
stungen an den Tag legten, dem Bankrott waren. So hatte
z. B. die „Bereinigte Gewerkschaft der Maschinenbauer“ 1876
ein Defizit von nicht weniger als 110,558 Pfund Ster-
ling bei einer Ausgabe von 130,828 Pfund Sterling
für Arbeitslosen-Unterstützung. Der Gesamtkassenbestand sank
bei steigender (!) Mitgliederzahl in den Jahren 1877—80 von
275,270 Pfund auf 130,074 Pfund!

Wenn das am grünen Holz der besten englischen Gewerks-
chaften geschieht, wenn die jahrzehntlang aufgespeicherten Fonds
bei der ersten ernsthaften Krise so dahinschmelzen, wie kann man
in der Zeit der chronischen Krise sich auf dieses Beispiel
berufen wollen, und zudem für Deutschland, wo die Löhne um
100 Prozent niedriger sind als in England!

Lassen wir jedoch die Frage der Durchführbarkeit ganz außer
Betracht, und bleiben wir bei dem Zweck, den Herr Schäffle mit
seinem Vorschlag verfolgt.

Im Beitrag der Unternehmer an der Versicherungsprämie steht er das
Mittel, den Anteil der Arbeiter an Produktionsbeitrag zu steigern.
Es ist zwar wenig, aber ihm genügt's. In der Versicherungs-
genossenschaft wird der Arbeiter Miteigentümer eines kollektiven
Vermögens und auf diese Art zufrieden. Gegen Krankheit, Unfall,
Erwerbslosigkeit, ist er versichert, und seinem Ehrgeiz ist durch
Theilnahme an der Leitung der Genossenschaft genügender Spiel-
raum gewährleistet — kurz, er hat Alles, was er braucht. Was
kann er mehr wollen?

D nichts, gar nichts! Er wird glücklich sein, so glücklich, wie
ein Sklave nur sein kann. Denn er wird ein Sklave sein,
viel mehr, als er es heute ist — das ist wenigstens das Ziel,
worauf Herr Schäffle loszieht —, er wird jaft das verloren
haben, was ihn gegenwärtig über den Sklaven erhebt: das
Klassenbewußtsein, das Streben nach Emanzipation.

Proletariat soll der Arbeiter bleiben, aber er soll aufhören,
revolutionärer Proletariat zu sein.

Das ist das A und O der Schäffle'schen Reinigungs-
versuche.

Einige weitere Beispiele.

Herr Schäffle ist für den Normalarbeitstag; hören wir
seine Motivierung:

„Nicht als Mittel, das ordentliche Arbeitsangebot in gewaltig-
em Maße einzuschränken und den mittleren Arbeitstag auf ein
Minimum — die unmöglichen drei Stunden — herabzubringen, sondern
als Mittel, jene Ueberarbeitung abzuhalten, welche nachhaltig auch der
Produktivität der Rationalarbeit schadet, liegt nach
meiner Ansicht die Bedeutung des Normalarbeitstages und danach
allein möchte ich ihn geordnet sehen. Sehe man ihn auf 11, höch-
stens 11 1/2 Stunden, aber vorläufig — der internationalen Konkurrenz
wegen — nicht niedriger! Man schreibe ihn nur für die ununter-
brochen fortlaufende Arbeit vor! Man halte die Möglichkeit
von Mehrarbeit bei außerordentlichem Arbeitsbedarf und bei drän-
gender Saisonarbeit mit korporativ-obrigkeitlicher Erlaubnis
offen!... Die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf drei Stunden,
wie einige Sozialdemokraten und die Anarchisten versprochen haben,
würde dagegen das größte Unglück für die Arbeiter selbst, so lange sie
nicht invalid sind; denn der Lohn für sehr wenig Arbeit kann nur sehr
gering sein, und die Dummheit an Stelle der zulässigen Arbeit, die
Segen und Freude bedeutet, würde das Gegenteil der wahren Be-
glückung des Volkes herbeiführen. Im tieferen Herabsetzen des Normal-
arbeitstages für die Arbeitsfähigen und in der Ausdehnung auf den
wunterbrochenen Kleinbetrieb, namentlich auf die Land-
wirtschaft mit viel außerordentlicher Saisonarbeit, kann man nicht
vorsichtig genug sein.“

Das heißt mit anderen Worten, den Normalarbeitstag nur
insoweit, als er an den heutigen Produktionsver-
hältnissen nicht trüffelt. Daß demnach der Normalarbeit-
stages die industrielle Saisonarbeit, welche der Ausbeutung der
Arbeiter ganz besonderen Vorzug leistet, fast ganz beseitigt
werden könnte, fällt Herrn Schäffle gar nicht ein. Seine Redens-
arten gegen den „dreistündigen Normalarbeitstag“ können wir
unbeantwortet lassen. In der rohen Form, wie er die Sache
hinstellt, haben weder Sozialdemokraten noch Anarchisten ihn
gefordert oder versprochen. Wo man auf die Möglichkeit
hinwies, den gesellschaftlichen Bedarf bei einem Normalarbeitstag
von drei Stunden decken zu können, geschah dies unter der aus-
drücklichen Voraussetzung einer gesellschaftlichen Rege-
lung der Produktion.

Beiläufig war der Erste, der eine solche Berechnung aufstellte,
selbst Fabrikant: Robert Owen.
Nach gleichem Muster verfährt übrigens Herr Schäffle auch

anderen sozialistischen Forderungen gegenüber. So sagt er auf
S. 96:

„Die Sozialdemokratie hofft vom Zukunftsstaat unter Anderem, daß
Jeder „studiren“ könne. Die Gleichheit verlange es. Die Gleichheit
verlangt nur — und das Volkswohl ist dabei interessiert — daß die
hervorragendsten Proletariatskinder in der Bildung ebenso hoch aufsteigen
können, wie die hervorragendsten Kinder der Reichen. Gibt es hierzu ein
Mittel, und dient dieses Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie?
In der That! Die Kirche, die Schule und die Armee haben längst
aus dem Volk die besten Köpfe zu Priestern, Lehrern und
Offizieren dadurch gewonnen, daß man in Konkurrenzprüfungen — ich
erinnere nur an die Klosterschulen, die Lehrerseminare, Rabattenhäuser —
die tüchtigsten Jungen zur Ausbildung auf öffentliche Kosten herausschickte.
Man braucht diese Kirchen-, Schul- und Militär-Politik
nur zu verallgemeinern. Indem man in allen Berufen, namentlich den
technischen Fächern, eine gewisse Zahl von Freistellen für die im allge-
meinen Konkurs bewährtesten Knaben und Jünglinge sicher stellt, ver-
meidet man die berechtigste Unzufriedenheit armer
Eltern und hervorragender Proletariat, man verhindert Halb-
bildung durch Vollbildung, stellt Jedem die Leiter zum Aufsteigen auf die höch-
sten Sprossen der sozialen Rangordnung bereit, und raubt der Un-
zufriedenheit die fähigsten Führer. Mit alledem bekämpft
man wirklich die Sozialdemokratie, indem man eine ganz berechtigte
Gleichheitsforderung erfüllt. Die allgemeine Universitätsbildung der
Proletariat dagegen würde nicht bloß unerschwinglich, was „Sozialität“
und Geld anbelangt, sondern das größte Unglück für „das Volk“. Sie
bedeutet geradezu die Unregierbarkeit des „Sozialstaates“,
besonders für ein so doltrinäres Volk, wie die Deutschen sind.“

Daß wenn Jeder „studiren“ kann, noch nicht Jeder zu
studiren braucht und auch nicht Jeder studiren wird, liegt so klar
auf der Hand, daß man wirklich schwer begreift, wie Hr. Schäffle
aus dem ersten Postulat die Berechtigung zieht, von der allge-
meinen „Universitätsbildung der Proletariat“ zu reden. Die zu
verlangen, fällt den Sozialisten um so weniger ein, als sie in
Punkt 10 Erziehung keineswegs Berehrer des heutigen Unterrichts-
wesens sind, sondern wo sie sich mit dieser Frage beschäftigt
haben, dasselbe auf ganz anderer Basis als heute organisiert haben
wollen, und so verschieden ihre Ansichten auch sonst sein mögen,
wenigstens darin einig sind, die heutige Art des Universitäts-
studiums, und insbesondere die Vorbereitungsstudien zu verwerfen.

Und nun betrachte man dagegen die Vorschläge des Herrn
Schäffle. Er spricht von der Gleichheit und befürwortet die
Ungleichheit. Nicht als ein Recht der Betreffenden, sondern
als einen Akt der Klugheit empfindet er, begabtere Kinder des
Proletariats zum Studium, nach Auswahl natürlich, zuzulassen,
— „man raubt der Unzufriedenheit die fähigsten
Führer!“

Unverhüllter kann man den Bourgeois in der That nicht her-
auslocken.

Natürlich ist die Berechnung des Herrn Schäffle falsch. Die
„Unzufriedenheit“ würde auch bei seinem System ihre Führer
behalten, wie die Gegenwart zeigt. Aber schon der Wunsch,
die Unzufriedenheit, diesen mächtigen Hebel des Fortschritts,
zu lastiren, ist für die Tendenz dieses Buches charakteristisch.

Der beschränkte Raum unseres Blattes verbietet uns leider,
eine ganze Reihe weiterer Belegstellen dieser Art anzuführen; wir
glauben aber, daß die vorstehenden genügen, und bemerken nur
noch, daß Schäffle ein begeisterter Anhänger einer „aktiven
Auswanderungs- und Kolonialpolitik“ ist, in der
er ein vortreffliches Mittel sieht, die Zahl der Arbeiter dem
Verwerthungsbedarf des Kapitals anzupassen.

Herr Schäffle ist daher beileibe nicht so „reaktionär“, dem
Arbeiter die Freizügigkeit, Gewerbetreiberei u. nehmen zu wollen,
er läßt ihm sogar die Koalitionsfreiheit, d. h. nominell, denn
thatsächlich geht sein „korporativer Hilfsklassenzwang“ darauf
hinaus, sie außer Wirksamkeit zu setzen: „Streiks zu verbieten“.
Er ist daher auch geschwornener Feind der freien Hilfsklasse,
denn „diese ist und bleibt eine Festung der Sozial-
demokratie!“

Aber damit hat Herr Schäffle noch nicht genug für das
Kapital gethan.

Ein ganz richtiges Gefühl sagt ihm, daß alle seine Mittel
und Mittelchen den Bestand der Kapitalherrschaft nicht zu sichern
vermögen, wenn nicht zwischen der Unternehmungsklassen und dem
Proletariat die Klasse der kleinen Besitzer, der Kleinindustriellen
und Kleinbauern, erhalten bleibt. Es gilt also, auch diese zu
„retten.“

Der Anwalt der Millionäre.*)

Freitag, den 13. d. M., hat Bismarck sich im Reichstag einmal ohne
Kaske und Feigenblatt genau als das gezeigt, was er ist. Er hielt eine
Lobrede auf die Kolonialpolitik und entwidete bei dieser Gelegenheit,
daß England seine Kolonialpolitik seinen Kolonien und seinen reichen Mittel-
stand seinen Millionären verdanke. „Wir brauchen mehr Millionäre!
Und mein Streben geht daraufhin, in Deutschland zahlreiche Millionäre
zu schaffen.“

*) Wir haben zwar Bismarck's Schwärmerei für den reichen Mann
bereits in voriger Nummer selbst gekennzeichnet, da der obige Artikel jedoch
die Ausführungen des großen Sozialreformers unter einer Reihe neuer
Gesichtspunkte erörtert, so halten wir es nicht für überflüssig, auch ihn
zum Abdruck zu bringen. Die Red.

Da wäre das Geheimnis der Dampfersubvention und der Kolonialpolitik heraus!

Millionäre sollen geschaffen werden. Zunächst ein Wort über die bodenlose Ignoranz des Redners. England soll seine Kolonien danken! Durch die englischen Kolonien ist allerdings ein Anhang englischer Kapitalisten bereichert worden, seinen ungeheuren Reichtum verdankt England aber seiner Industrie, welche die der anderen Kulturländer überflügelt, so daß sie den Weltmarkt erobern konnte. Durch Arbeit wird der Reichtum erzeugt, und in England ist mehr gearbeitet worden und wird auch heute noch — obgleich der Unterschied allmählich verschwindet — mehr gearbeitet als in den anderen Kulturländern. Daß der durch die nationale Arbeit erzeugte Reichtum Englands zahlreiche Millionäre „geschaffen“ hat, ist freilich richtig, es ist das jedoch wahrlich kein Glück für England, insofern es auf Kosten des arbeitenden Volkes geschieht.

Und seinen Millionären soll England es verdanken, daß es einen so zahlreichen und gesunden Mittelstand hat!

Der „eiserne Kanzler“ wirft hier das englische Wort: middle class — Mittelklasse mit dem deutschen Wort Mittelstand zusammen. Beide Wörter bezeichnen jedoch ganz verschiedene Begriffe. Die englische Mittelklasse ist das Großbürgertum, der deutsche Mittelstand das Kleinbürgertum. Das englische Kleinbürgertum hat längst aufgehört, zu existieren: es ist dem Großbürgertum, der Mittelklasse zum Opfer gefallen. Und die Millionäre sind ein Teil der Mittelklasse, die in England unverselbst sehr reich ist.

Ein ärgeres Tohumabohu, einen tolleren Galimatias kann man sich in der That nicht denken!

Millionäre will Bismarck in Deutschland und für Deutschland schaffen! Er scheint keine Ahnung davon zu haben, daß die Millionen und Milliarden ein Land nicht reich und glücklich machen können.

Spanien ist inmitten der kolossalen Gold- und Silberflüsse der neuen Welt verarmt und verlumpt, und was uns der französische Millionärsbesitzer genügt hat, das sollte gerade Bismarck am besten wissen.

Indes lassen wir das! Seine Ignoranz kannten wir vorher; und skatantere Proben, als er schon wiederholt abgelegt hatte, konnte er auch am 13. März 1885 nicht ablegen.

Was uns hauptsächlich interessiert, ist, daß er den Schiefer, welchen er bisher über seine wirtschaftlichen und sozialreformatorischen Pläne zu breiten verstand, ignis bei Seite geworfen und sich offen als Anwalt der Millionäre hingestellt hat.

Vor vier Jahren pfiff er aus einer anderen Tonart. Da klopfte er über den „praktischen Christentum“ und proklamirte sich als Anwalt des „armen Mannes“. Das sind jetzt vergangene Zeiten, überwundene Illusionen. Der pommerische Junker ist in die Haut des französischen Bourgeois umgewandelt unter dem Bürgerkönig Louis Philipp geschlopfen und ruff gleich seinem Vorbilde den Herren Bourgeois zu: Enrichissos-vous! Bereichert Euch! Indem Ihr Euch bereichert, bereichert Ihr das Land! Und bereichert Ihr auch das Land nicht, — wenn Ihr nur Euch selber bereichert!

Was ein Unterschied ist vorhanden.

Guzo war persönlich ein ehrlicher Mann! Er selber bereicherte sich nicht, und darum rief er auch aus: Enrichissos-vous: Bereichert Euch! — in der zweiten Person.

Bismarck macht selber mit bei dem Tanz um das goldene Kalb. Er hat die Kiste der Gesetzgebung in der Hand, wo es sich um seine Interessen handelt. Von Eisenbahnen, Schnapsbrennerei und sonstigen schönen Dingen sei hier nicht geredet. Wir wollen nur an die Korn- und Holzölle erinnern, die Millionen in die Taschen des Reichskanzlers bringen.

Er ruft also nicht in der zweiten Person: Enrichissos-vous: Bereichert Euch! sondern in der ersten: Enrichissos-nous: Bereichern wir uns! Tanzen wir lustig um das goldene Kalb! Hüpfen wir Millionen! Rag das arbeitende Volk verzehret! Rag das Massenelend zunehmen! Wenn nur tüchtig Millionäre „geschaffen“ und Millionen in die Tasche geschafft werden!

Und so steht der Anwalt des „armen Mannes“ denn plötzlich in seiner wahren Gestalt vor uns: als der Anwalt der Millionäre!

Und die Heuschrecke liegt am Boden. ml.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 26. März 1885

— Revolution. Unsere Feinde thun, wenn das Wort Revolution ausgesprochen wird, immer so, als ob eine Gänsehaut sie überliefe. In Wirklichkeit spielen sie aber nur ein bißchen Komödie — wobei wir natürlich nicht an die Phylister denken, die eine wirkliche Gänsehaut überläuft, denen wir aber die Benennung: Feinde nicht zuerkennen vermögen. Unsere Feinde, die Gewaltthäter, sind in der Hauptsache insgesammt auch Gewaltmenschen, und das Geseh gilt ihnen bloß solange, als es ihren Raub- und Ausbeutungsbedürfnissen dient und genügt. Wendet das Geseh sich wider sie, oder kommt es ihrem Gegner zu gut, so wollen sie sofort von dem Geseh nichts wissen, und sie erblicken ihre Zukunft in der nackten Gewalt, durch welche das Geseh jettümmert werden muß. Die gewaltsame Zertrümmerung der Gesehe von Oben nennt man in der modernen Sprache Staatsstreik; die gewaltsame Zertrümmerung von Unten Revolution. Staatsstreik ist Revolution von Oben.

Die Staatsstreikselbst treten in neuerer Zeit wieder ans Tageslicht. Dem Herrn Bismarck und seinen realistischen Rassen gefällt es nicht, daß das allgemeine Stimmrecht eine ernstliche Waffe in der Hand des Volkes geworden ist; es gefällt ihnen nicht, daß der Reichstag, so biesam er in vielen Fragen auch ist, doch nicht vollständig in dem Willen des Reichskanzlers aufsteht; und als neulich der Schwabe Bismarck anlässlich des Adresses- und Lokalitätsschwinds mit einem Staatsstreik drohte, wurde er, trotz der ausdrücklichen Aufforderung von Winthorst, von seinen konservativen Genossen durchaus nicht desavouirt.

Und dieser Tage hat das freikonservative Organ, die „Post“, also das Organ der sogenannten „Botschafterpartei“, in einem Leitartikel über die innere Lage es für mündenswerth erklärt, „durch ein außerordentliches Mittel diesen Zustand (der inneren „Zerfahrenheit“ und des „Parteihaders“) abzufügen.“ Die „Abführung“, „durch ein außerordentliches Mittel“ ist eine euphemistische (Schönrednerische) Umschreibung des Wortes Staatsstreik.

Wir glauben nicht, daß es in Deutschland vorerst zum Staatsstreik kommen wird; „soweit sind wir noch nicht“; spüren sich die Gegenläge auch mehr und mehr zu, so sind sie doch unseres Erachtens noch nicht so zugepöht, daß den Gewaltthätern ein Staatsstreik als unmittelbare Notwendigkeit erscheinen könnte. Der Reichstag ist ja unzweifelhaft manchem recht bodenrein, allein in den wichtigsten Dingen hat er sich noch stets gelugt, und in der brennendsten Frage dieser Legislaturperiode, der Verlängerung des Sozialistengesetzes, wird er, wenn es zum Klappen kommt, ebenso gefügig sein wie der vorige Reichstag. Indes die Reibungen werden nicht aufhören, und schon die bloße Thatfache, daß die Gewaltthäter vor der Despotie Rechenhaftigkeit ablegen und sich über ihre An- und Absichten ausprechen müssen, macht das parlamentarische Regiment wackeln und Parteien verachtet, die für das persönliche Regiment schwärmen, und muß in ihnen den Wunsch nach einer Aenderung erwecken, die in ihrem Sinn nur durch einen Staatsstreik bewirkt werden kann. Und Staatsstreik, wie gesagt, das heißt Revolution von Oben — Revolution in des Wortes schümmer Bedeutung, nämlich gewaltsamen Umsturz der gesetzlichen Ordnung.

Also gerade die heßspornigsten und konsequentesten unserer Feinde, die es unserer Partei als Kapitalverbrechen vormerken, daß sie die Revolution, den gewaltsamen Umsturz wollen, erstreben selber die Revolution und den gewaltsamen Umsturz.

Das werden wir uns merken. Oder richtiger: wir werden unsere Feinde gelegentlich daran erinnern; denn zu merken brauchen wir's uns nicht, weil wir es schon längst gewußt haben. Wann wären die Gewaltthäter je vor Gewaltthaten juridischgedrückt? Wir wollen da gar nicht von Rassenhatschereien und ähnlichen Mord- und Staatsaktionen

reden — wir haben bloß die auf das sogenannte Verfassungsleben bezügliche Thätigkeit der Herren im Auge. Berufen nicht die meisten Staatsmänner der Gegenwart, soweit sie nicht demokratisch sind, auf Staatsstreichen? Berufen insbesondere das neue „deutsche Reich“ nicht auf einem Staatsstreik? Oder war 1866 etwa nicht ein Staatsstreik in des Wortes verwegener und blutiger Bedeutung?

Und ist, soweit das Kriterium der Gewalt in Frage kommt, ein wesentlicher Unterschied zwischen Revolution von Oben und Revolution von Unten? Hatten die Bratorianer des ersten Napoleon nicht scharf geladen am 18. Brumaire? Haben die Bratorianer des zweiten Napoleon nicht scharf geschossen am 2. Dezember? Ist im Jahre des Bruderkriegs oder der „Girardinischen Operation“, wie Bismarck das Ding euphemistisch nennt, nicht das berühmte Wort Cullenburg's durch die That antezipiert worden: „Die Hinte schießt, der Säbel haut“?

Ein wesentlicher Unterschied ist allerdings vorhanden zwischen den Revolutionen von Oben und den Revolutionen von Unten, es ist aber ein Unterschied, der zu Gunsten der letzteren spricht. Die Gewaltthäter, welche die Revolutionen von Oben machen, sind im Besitze der Staatsgewalt, sie haben die Kiste der Gesetzgebung in der Hand und befinden sich daher in der Lage, ihre Interessen auf dem Wege des Gesetzes zur Geltung zu bringen, soweit dies überhaupt möglich ist. Diejenigen dagegen, welche bisher die Revolution von Unten gemacht haben oder gemacht haben sollen, waren ausnahmslos durch die Gewaltthäter daran verhindert, gewaltsam verhindert, ihre Interessen und Wünsche auf gesetzlichem Wege zur Geltung zu bringen, so daß sie sich thatsächlich im Zustande der Rothwehr befanden.

Und hat man der Sozialdemokratie, welcher von den Gewaltthätern die Absicht einer Revolution von Unten hartnäckig zugeschrieben wird, nicht gerade durch das Sozialistengesetz den gesetzlichen Weg abgeschnitten?

Genug — wir kennen unsere Pappenheimer, und wissen, daß ihr Abscheu vor gewaltsamen Umsturz pure Heuchelei ist, mit der sie uns besser verschonen.

— Aus Berlin, 19. März, schreibt man uns: Die Debatten über die Dampfersubventionsvorlage beschäftigten, in zweiter Lesung, den Reichstag volle vier Sitzungen hindurch und werden ihm wahrscheinlich noch zwei Tage lang in dritter Lesung beschäftigen. Ueber Bismarck's Auslassungen haben wir schon gesprochen. Im Namen unserer Partei besurwortete Diech die von der Fraktion gestellten Anträge, welche sämtlich abgelehnt wurden. Das Resultat der Abstimmungen war insofern ein ziemlich unerwartetes, als nicht bloß die ostasiatische, sondern auch die australische Linie mit samt der Samoa-Gruppe, an deren Ablehnung man allgemein, selbst in Regierungskreisen geglaubt hatte, mit kleiner Majorität angenommen und nur die afrikanische Linie verworfen wurde.

Dieses unerwartete Resultat ist dem „Abfall“ oder „Umfall“ von 16 Zentrumskleinen zuzuschreiben, die für die australische Linie stimmten. Möglich, daß bei der dritten Lesung, die nächsten Montag beginnen soll, das Resultat noch geändert wird; es haben nämlich zahlreiche Gegner der Vorlage oder doch der „kolonialpolitischen Linien“ bei den entscheidenden Abstimmungen gefehlt. Darunter auch 11 Sozialdemokraten. Herr Eugen Richter sprengt mit seiner bekannten piamperen Perside in den von ihm unsicher gemachten Zeitungen aus, die fehlenden Sozialdemokraten seien „abkommandirt“ worden. Beiläufig eine recht traurige Retourkutsche. Zu welchem Zwecke, in welcher Absicht, „abkommandirt“, darüber schweigt Herr Eugen Richter sich allerdings hartnäckig aus. Aus einer dunklen Wendung scheint freilich hervorzugehen, daß er den Glauben erwecken will, die sozialdemokratische Fraktion zum Dank für das Sozialistengesetz, dessen Verlängerung wir den Richterschen „Abkommandirungen“ verdanken!

Herr Richter selbst ist natürlich nicht so dumm, eine solche Albernheit zu glauben, aber den fortschrittlichen Wählern, die gegen die bösen Sozialdemokraten verhebt werden müssen, meint der edle Eugen sie wohl zumuthen zu dürfen.

Komischer Weise schreibt Herr Richter in der nämlichen Korrespondenz, innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion seien in Bezug auf diese Frage starke Meinungsunterschieden zu Tage getreten, und veröffentlicht die Namen der fehlenden Sozialdemokraten, unter denen sich auch verschiedene dem Herrn Richter sehr genau als entschiedene Gegner der Dampfersubvention bekannte Mitglieder befinden. Wie sollen nun aber entschiedene Gegner der Dampfersubvention dazu kommen, sich „abkommandiren“ zu lassen, wo Aussicht vorhanden ist, daß sie die Vorlage, deren Ablehnung sie erstreben, durch ihr Votum zu Falle zu bringen?

Das ist ja zu dumm, edler Eugen! Das „Abkommandiren“ ist keine sozialdemokratische Sünde, es ist eine Eigenthümlichkeit derjenigen Parteien, welche die „politische Heuchelei“ kultiviren und von Phrasen leben, deren Bewirkung sie fürchten.

Das Fehlen der 11 sozialdemokratischen Abgeordneten erklärt sich auf die natürlichste Art von der Welt: zwei sind krank oder durch Krankheit in der Familie abgehalten, und für die übrigen, die sich sämtlich durch ihre Arbeit ernähren müssen, war es unmöglich, die unerwartet lange Zeit, welche die zweite Lesung in Anspruch nahm — von Donnerstag bis Montag, — ununterbrochen in Berlin zu bleiben. Die entscheidenden Abstimmungen fanden an einem Montag statt, und Montag ist überhaupt derjenige Tag, an welchem die Reichstagsitzungen die geringste Frequenz aufweisen. Die Redner der Abgeordneten, d. h. alle, die nicht zu weit von Berlin entfernt wohnen, pflegen Sonnabends nach Hause zu fahren, um nach Geschäft und Familie zu sehen. Das gilt von allen Parteien.

Dazu kommt noch, daß man allgemein angenommen hatte, die Abstimmungen würden erst am Dienstag kommen; und in der That wurde die Debatte ja auch durch einen Gewaltstreik beendigt, und fanden die Abstimmungen zu einer so späten Stunde statt, d. h. nach einer so langen Sitzung, wie sie im deutschen Reichstag wohl noch niemals vorgekommen ist. Die Sitzung dauerte nämlich von 11 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends. Uebrigens waren fünf der fehlenden sozialdemokratischen Abgeordneten als krank oder beurlaubt entschuldigt.

Dies zur Aufklärung für die Genossen — nicht für den absichtlich lügenden Eugen und seine Trabanten.

Rachfrist. Seit Dinges geschrieben worden, ist uns die Donnerstagsnummer der „Frankfurter Zeitung“ zu Gesicht gekommen, in welcher der Richtersche Arguz ebenfalls abgedruckt ist. Auch Du, Sonnemann! Herr Sonnemann weiß von Bebel's A. sehr genau, daß dieser die ganze Dampfersubventionsvorlage entschieden bekämpft hat, trotzdem fährt er ihn ganz gemüthlich als einen zum Zweck der Durchführung der Vorlage „abkommandirten“ auf!

In der That, ein Sakrifizium des Intellekts, wie es krafter nicht gedacht werden kann.

— Die Dampfersubvention ist am Montag in dritter Lesung vom Reichstage nach Wiederherstellung der Samoa-Gruppe angenommen worden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten dagegen.

— Wahrhaftig schamlos tritt die Interessentpolitik der Herren Agrarier in der Holzölfrage zu Tage. Während man bei den Getreidezöllen noch das Interesse der Landwirtschaft wenigstens mit einiger Scheine von Ernst ins Feld führen konnte, fehlt es bei den Holzöllen an jeglicher Beschönigung. Von einer „überwältigenden Konkurrenz des Auslandes“ kann nicht die Rede sein, da die Natur der Waare die Möglichkeit eines Massenimports ausschließt. — da gibt es kein Feigenblatt für die nackte Dabgier der reichen Grundbesitzer, welche aus Kosten des „armen Mannes“ die Taschen sich füllen wollen. Der Preis des Holzes soll in die Höhe geschmetzelt und das Einkommen der Waldeigentümer gesteigert, der Werth ihrer Beständen vermehrt werden — das ist der Zweck! Und dieser Zweck wird auch erreicht.

Ein öffentliches Interesse kommt gar nicht ins Spiel — es handelt sich einzig und allein um das Privatinteresse, welchem das öffentliche geopfert und zu dessen Gunsten ein Diebstahl an dem arbeitenden Volke begangen wird — an demselben „armen Mann“, als dessen Anwalt Bismarck, der Führer der Agrarier, sich zu proklamiren die Dreistigkeit gehabt hat.

Sozialistischerseits sprachen zu den Holzöllen Grillenberg, an dessen Antrag der Zoll auf bestimmte Arten von Kugeln herabgeet

wurde, Stolle und Pfannkuch. Gegen die Gehöhung des Einfuhrzolls auf Gemüse hatte am 17. März Heine das Wort ergriffen.

— Der achtzehnte März ist auch dieses Jahr von den Sozialisten aller Länder in gebührender Weise gefeiert worden. In Deutschland haben die Genossen an verschiedenen Orten, in Eberfeld, Kiel u. s. w., den Gedenktag der Revolution durch Aufstellen der roten Fahne verherrlicht. In Berlin haben die Arbeiter wie alljährlich die Häuser der Märzgefallenen mit Kränzen geschmückt und durch zahlreichen Besuch das Andenken der für die Freiheit gefallenen Märzkämpfer geehrt.

— Recht und Gerechtigkeit in Deutschland. Einem Briefe aus Hamburg entnehmen wir folgenden Charakteristiken des Vertrages zum Thema von der Rechtspflege im großen herrlichen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte:

Am 13. März wurde hier der Oberlehrer Dr. philos. Loeyen wegen „Majestätsbeleidigung“ zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach bekanntem Muster wurde die Verhandlung „wegen Geföhrdung der öffentlichen Ordnung“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt; trotzdem sind die Einzelheiten derselben in die Oeffentlichkeit gedrungen. Der Angeklagte hatte in einer Korrespondenz, die in einem Oüenos Agres'schen Blatte in spanischer Sprache erschien, unter Anderem die Erfolge der Sozialisten bei der Wahl und die Ursachen derselben besprochen. Bei den Vertretern der Partei anlangend, bezeichnete er Bieder als eine interessante Persönlichkeit. Denn wenn es wahr wäre, daß in den Adern desselben hochvolkern'sches Blut fließe, wie es so rüchsigweise in Deutschland verlaule, so müßte es im Reichstage ein treffliches Bild abgeben, wenn ein hochvolker sich gegen die Politik seines Vaters auflegte. In diesen Reuegerungen, die durch gute Patrioten nach hier verschleppt sind, hat die Staatsanwaltschaft eine Majestätsbeleidigung gefunden, und die Richter haben der Ansicht derselben zugestimmt. Sehr charakteristisch für diese Richter! Wenn Bebel einmal im Reichstage sagte, er habe im Richterstand ehrenhafte und unparteiische Männer kennen gelernt, so lassen wir das dahin gestellt sein; heute aber müßten wir wirklich behaupten: solche Männer gibt's nicht mehr! Vorliegender Fall ist wieder ein Beweis dafür, und an einem andern Fall werde ich das zeigen. Kann ein vernünftiger Mensch in den Reuegerungen Loeyen's eine Beleidigung finden? Ich glaube, nein! Denn in Buenos Agres in spanischer Sprache eine Anekdote zu erzählen, die nur den Zweck hat, eine Korrespondenz interessant zu machen, ist doch gar zu harmlos und höchstens als eine Geschmacklosigkeit zu bezeichnen, die aber nicht dazu angethan ist, einen jungen Schulmeister 3 Monate verschwinden zu lassen, und aus seiner Stellung zu bringen. Hui, Ihr Richter! Während man aber die harmlosesten Menschen mit schweren Strafen trifft, läßt man die wirklichen Besten in Menschengestalt durch Richterpruch in Amt und Ehren. Da lieft man heute in der Zeitung, daß erwiesenermaßen ein Kapitän, ein Major und ein Arzt sich auf See an Bord eines Dampfers in der abscheulichsten Weise gegen einen Kohlentrimmer vergangen haben. Letzterer war krank und dienstuntauglich geworden, was den genannten Herren nicht in den Kram paßte. Um ihm nun das Kranksein zu erleiden, sperrten sie den armen Burken drei Tage in eine Kajüte, ließen ihn Hunger und Durst leiden, und fütterten ihn mit einem teuflichen Pulver, welches äußerst schlecht schmeckt und stark abführend wirkt. Behufs Verdröngung seiner Bedürfnisse hatte man einen Eimer in den Raum gestellt, der aber in den drei Tagen nicht geleert wurde und so mit die Luft in dem Raum verpestete. Der arme Teufel meldete sich in Folge dieser bestialischen Behandlung wieder gesund, doch nach ein paar Tagen harter Arbeit brach er ohnmächtig zusammen und starb nach wenigen Stunden. Noch andere Prozeduren, die der arme Mensch während seiner Krankheit hat bestehen müssen und die auch eine hochgradige Brutalität in sich schließen, wollen wir nicht mehr erwähnen. Aber jeht den Hut ab vor dem Richterpruch! Dieses himmelschreiende Unrecht wird gutgeheißen, weil die drei dankigen Ehrenmänner ihr Opfer für einen Simulanten hielten!!

Sieht man sich die Richter etwas näher an, so erklärt sich freilich Alles. Die dümmsten Juristen, die sich als Rechtsanwälte nicht ernähren können, meiden sich zum Staatsdienst. Die Reichsten haben für die Staatsverwaltung natürlich die besten Stellen. Ihre bürgerliche Stellung und ihren Bildungsgrad gemäß sollen sie auch ihre Urtheile, dafür legen die beiden beschriebenen Fälle ein berechnetes Zeugnis ab.

Den Lehrern am hiesigen Real-Gymnasium rufen wir zu: Setzt eure demokratischen Halbheiten bei Seite und lernt endlich einsehen, daß nur die sozialdemokratische Partei berufen ist, durch Erstrebung einer auf gleichem Recht und gleicher Pflicht für Alle bestehenden Gesellschaftsordnung alle Schäden in der Gesellschaft zu heilen! —cht.

— Eine süße Steuer. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres sind in Deutschland fünf Millionen Mark mehr an Bergzölle eingezogen, das heißt, der Staat hat den Herren Haderindustriellen — fast alles fremde Leute — auf Kosten der Steuerzahler ein Geschenk von fünf Millionen Mark gemacht. Dieser Anlag, daß den Herren bei der Kaschier mehr Steuer zurückerzögert wird, als sie bei der Zerkulation erlegt, dauert nun schon jahrelang, aber noch immer kann man sich nicht dazu entschließen, ihm ernsthaft zu Leide zu gehen. Natürlich handelt es sich ja in erster Linie um die Interessen der Herren Großgrundbesitzer, und da gilt es, sehr vorzüglich vorzugehen, auf daß man ihnen (wenigstens als möglich) wehe thut, just wie beim Schnaps. Um so schneller war man bei der Hand, als es sich um Erhöhung der Getreidezölle handelte. Der hätte recht, der brave Magdeburger Polizeist. der kürzlich eine Verammlung auflöste, als der Abgeordnete Heine in einem Vortrag über Heinrich Heine den Vers zitierte:

Wenn Du aber gar nichts hast, Reich, so laß Dich begraben, Denn ein Recht zum Leben, Lump, Haben nur, die etwas haben!

So etwas auszusprechen, grenzt wirklich an Hoch- und Landesverrath. Heine war ein frivoler Jude, in deutschen Reiche aber herrscht Gottesfurcht, fromme Sitte und praktisches Christenthum!

— Die Renten der Arbeiter — so nannte Jules Guesde einmal mit treffendem Sarkasmus die Unfälle, denen der Arbeiter heute in seinem Kampfe um tägliche Brod preisgegeben ist: zerbrochenes Gliedmassen, Zerrüttung der Gesundheit, vorzeitige Vernichtung des Lebens, das sind die Renten, welche dem Arbeiter heututage aus seiner industriellen Thätigkeit erblühen, während die armen Unternehmer jahres aus, jahtrein Arbeitskraft, Intelligenz und Kapital aus reiner Menschenliebe zuieren.

Die Renten der Arbeiter! Kaum ist der Eindruck des fürchterlichen Karminers Unglücks überwunden, so trifft auch schon die Kunde von einer Katastrophe ein, der noch mehr Arbeiter als dem ersten zum Opfer gefallen sind. Hundertfünfundsiebzig Bergleute sind am 17. März durch eine Explosion in der Grube Kamphausen bei Saarbrücken getödtet worden — hundertzunfundsiebzig Menschenleben aus dem Schlauchfide der Industrie dahingerafft! Natürlich ist die Ursache der Explosion und ihrer großen Ausdehnung noch unbekannt, zur Erklärung der letzteren wird nur angeführt, daß die Gruben des Saarreviers sehr trocken sind und die dort gewonnenen Kohle sehr staubt — die Ventilation soll in besser Ordnung gewesen sein, aber ein Wetterstich schloß — er war angeblich seit längerer Zeit im Bau!

Beschüdenersicht werden öffentliche Sammlungen zu Gunsten der Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute vorgenommen, wir werden sehen, ob sich der deutsche Phylister hier ebenso generös benehmen wird als bei der Bismarckspende.

— Recht erfreuliche Nachrichten über das Wachstum der sozialistischen Bewegung liegen aus Holland und Dänemark vor. Das Organ unserer dänischen Genossen, „Sozialdemokraten“, erscheint jetzt in einer Auflage von 18,000 Exemplaren, und „Recht vor Allen“ — das holländische Parteiorgan, hat seine Auflage so vergrößert, daß es vom 1. März an, statt wie früher wöchentlich einmal, jetzt wöchentlich zweimal erscheint — den Feinden der Arbeiterfrage zum Verbrü, ihrer Borlämpfer als treffliche Waffe im Streit. Wir beglückwünschen unser dänischen und holländischen Genossen auf's Wärmste um diesen Erfolg ihrer unermühten Agitation. Sie werden ihnen ein Dorn sein, in Kampf nicht nachzulassen.

